

Prof. Dr. Peter Grottian
(FU Berlin/Aktionsbündnis Sozialproteste)

Tel.: 0171/8313314
E-Mail: benedictugarte@aol.com

Entwurf für eine politische Intervention: Wenn das Bundesverfassungsgericht mutmaßlich die HartzIV-Regelsätze für verfassungswidrig erklärt

Das mutmaßliche Urteil und die Folgen

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) wird voraussichtlich Ende Januar/Anfang Februar 2010 das Verfahren zur Festlegung der HartzIV-Regelsätze - nicht die Höhe der Regelsätze! - für verfassungswidrig erklären. Die Anhörung vor dem BVerfG ergab nach sehr nachdrücklichen Fragen des Gerichts, dass die Bundesregierung und das Statistische Bundesamt wegen ihrer unbegründeten Ableitung der Regelsätze fast peinlich am Pranger standen und die Richter und Richterinnen überraschend deutlich machten, dass sie ein solches „Daumenpeilverfahren gegriffener Zahlen“ nicht dulden werden. Das Gericht wird sich nach den mir zugänglichen Informationen nicht zur Höhe der Regelsätze äußern, sondern der Bundesregierung die Hausaufgabe aufdrücken, bis 2012 ein transparentes Verfahren der grundgesetzlich orientierten Ableitung und Festlegung zu entwickeln. Bis 2012 - so lange sollten wir den zu erwartenden Verschiebebahnhof politischer Verantwortlichkeiten nicht hinnehmen, sondern einen Sturm auf Schwarz-Gelb und für die Betroffenen für eine massive Regelsatzerhöhung jetzt und die Bändigung des bürokratischen Zurichtungsapparates versuchen. Wir sollten die außerparlamentarischen und parlamentarischen Kräfte so bündeln, dass eine neue gesellschaftspolitische Debatte darüber, was ein Kind und ein erwachsener Mensch zum Leben braucht, entfacht wird.

Nach vielen vorbereitenden Gesprächen mit Gewerkschaften, attac, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Protestbewegungen und Kinderrechtsorganisationen zeichnen sich folgende Interventionselemente ab:

1. Pressekonferenz im Anschluss an die Urteilsverkündung

Ziel: Kurzfristig realisierbare Alternativen zu HartzIV ausweisen, pochen auf Grundsatzdebatte, Finanzierbarkeit darstellen, Vorschläge zur Sozialdebatte, Kritik am Verschleppungsverfahren der drei Koalitionen.

Mögliche TeilnehmerInnen:

Deutscher Kinderschutzbund: Heinz Hilgers
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband: Prof. Martens, angefragt
DGB: Annelie Buntenbach, angefragt
Attac/Aktionsbündnis Sozialproteste: Prof. Grottian, Werner Rätz

Wir nehmen in Kauf, dass wir eine Pluralität von Forderungen repräsentieren. Zu erwägen ist, ob man noch die etwas kritischer gewordenen Tafeln und Prof. Butterwegge berücksichtigt - aber alle Erfahrung spricht für nicht mehr als vier Personen bei Pressegesprächen.

Ort: Café Rih (100 Meter vom Gerichtsgebäude entfernt) oder Casino des BVerfG

2. Eltern-Kinder-Demonstration vor dem Bundesverfassungsgericht

Es geht zunächst in den Gerichtsverfahren um Kinder-Regelsätze, aber das Gericht hat seinen Blick auf die Regelsätze für Bedarfsgemeinschaften ausgeweitet. Nach Gesprächen mit regionalen Gruppen (Speyer, Mainz, Mannheim, Karlsruhe) könnten wir mit der Koordination des Karlsruher Kinderschutzbundes (Frau Kunz) und attac-Karlsruhe (Georg Rammer) es hinbekommen, ca. 50-70 Eltern und Alleinerziehende zu versammeln. Die argumentative und bildliche Präsentation könnte sehr

hilfreich sein, ohne die Kinder instrumentalisieren zu wollen. Vermutlich wird Anfang Januar ein Treffen in Karlsruhe stattfinden, wo wir entscheiden können was geht.

3. „Bemalung“ von 40-50 Arbeitsagenturen mit der Forderung „500 Euro jetzt“ durch Gruppen des Aktionsbündnis Sozialproteste

Eine Wortmeldung der Erwerbslosen ist nach einer allzu langen Pause überfällig. Deshalb sollten am Tag der Urteilsverkündung 40-50 Protestgruppen die Wände, Fenster und Türen der Arbeitsagenturen mit der seit längerer Zeit propagierten Forderung „500 Euro jetzt“ bekleben, bemalen, mit Transparenten ausdrücken etc. Alle, die die Ämter an diesem Tag aufsuchen, sollten die Forderung während ihres Beratungsgesprächs vorbringen. Es ist den Gruppen vor Ort zu überlassen, was sie noch gewaltfrei aber wirkungsvoll „anrichten“. Für diese Aktionen, die auch in Karlsruhe erläutert werden sollen, ist das Aktionsbündnis Sozialproteste (Edgar Schu) verantwortlich, das am 9. 1. 2010 die Modalitäten entscheiden wird.

4 Vorbereitende Öffentlichkeits- und Politikarbeit

Eine gute Vorbereitung ist oft die halbe Miete. Wenn wir wirklich eine grundsätzliche Debatte mit Folgen vom Zaun brechen wollen - wie uns das im Bildungsstreik ansatzweise gelungen ist - so sollten wir viele vorbereitende Gespräche führen, die eine längere Debatte entzünden. Angesprochen werden sollen: ver.di, IG Metall, GEW, IG Bau, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Kinderschutzorganisationen, Bürgerrechts- und Menschenrechtsorganisationen, Familienverbände, Parteien etc. - und die 20-30 wirklich wichtigen Journalisten. Ich bin gerne bereit meine guten Kontakte zu ver.di, GEW, Bürgerrechtsorganisationen, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und zu ca. 10-12 Journalisten zu nutzen - andere sollten ihre Kontakte und Versuche kurz mitteilen und abstimmen.

Das ist ein vorläufiges Konzept - mit freundlichen Grüßen

Peter Grottian